

Zum Mediator statt zum Richter Neues Verfahren soll Rosenkriege verhindern

In der Pandemie ist die Zahl konfliktreicher Trennungen stark gestiegen. Vor allem Kinder leiden darunter. Nun ist Abhilfe in Sicht.



[Fabienne Riklin](#)

Publiziert: 05.02.2022, 23:30

1 Kommentar

1



Um über 30 Prozent sind die Anfragen 2021 bei der Beratungsstelle Kindes- und Erwachsenenschutz (Kescha) gestiegen.

Foto: Metadata

«Kommen Betroffene zu uns, ist die Situation oft hochemotional und toxisch», sagt Guido Fluri, Unternehmer und Gründer der unabhängigen Beratungsstelle Kindes- und Erwachsenenschutz (Kescha). Es gehe um Kränkung, Macht, Wut, Rache, aber vor allem um Angst. «Angst, alles zu verlieren, was einem lieb war, oder auch Angst vor der Existenz.»

«Wollen wir Eskalationen verhindern, brauchen solche Familien Unterstützung.»

Guido Fluri, Gründer der unabhängigen Beratungsstelle Kindes- und Erwachsenenschutz (Kescha)

In der Pandemie haben konfliktreiche Trennungen und Scheidungen nochmals zugenommen. Um über 30 Prozent sind die Anfragen 2021 bei der Kescha gestiegen.

Mehr als 1600 Männer und Frauen haben sich ans fünfköpfige Beratungsteam gewandt. In der Mehrheit der Fälle, weil eine Trennung oder eine Scheidung mit Kindern alles andere als gut verlaufen war. Und nun der «Verlierer» oder die «Verliererin» am Entscheid der Kesb oder des Gerichts zu nagen hat.

WEITER NACH DER WERBUNG

WERBUNG



Offene Stellen: MPA, Pflege, OP-Leitung, ArztsekretärIn

[Mehr sehen](#)

Zürich Stadelhofen, Schlieren, Höngg, Bülach

Inspired by

In dieser Situation seien die Mütter und Väter häufig nicht in der Lage, klar zu denken oder zu handeln, sagt Guido Fluri. «Wollen wir Eskalationen verhindern, brauchen solche Familien Unterstützung.»



Guido Fluri ist überzeugt: Es braucht eine Änderung im Familienverfahrensrecht. Alle Eltern, die sich trennen, sollen eine Mediation durchlaufen und versuchen, gemeinsam eine Lösung zu suchen.

Foto: Franziska Rothenbühler (WOZ)

Die Anrufer stammen aus allen sozialen Schichten, wie Auswertungen der Universität Freiburg zeigen. So war unter den Hilfesuchenden ein 55-jähriger Banker, dessen Ex-Frau ihm seit der Scheidung die beiden Söhne vorenthält, oder eine junge Mutter, die

nach der Trennung von ihrem Partner als psychisch instabil hingestellt wurde und jetzt das Sorgerecht der siebenjährigen Tochter verloren hat.

Bei über 70 Prozent hat ein Telefonat gereicht, um helfen zu können. In anderen Fällen waren jedoch zwei, drei oder gar noch mehr nötig. Insgesamt 12'000 Beratungen haben die fünf Psychologinnen, Sozialarbeitenden und Juristen seit 2017 durchgeführt. Zwei Millionen Franken hat Guido Fluris Stiftung bisher ins Projekt gesteckt.

«Mit Beratung, die das Kind ins Zentrum stellt, lässt sich mehr erreichen als mit Streit.»

Guido Fluri, Gründer der Kescha

Für ihn ist klar: «So kann es nicht weitergehen.» Im Trennungs- und Scheidungsverfahren brauche es neue Ansätze. «Wir müssen alles daransetzen, dass Eltern im Dialog bleiben und zum Wohl ihrer Kinder eine Lösung finden.» Und dafür brauche es eine Änderung im Familienverfahrensrecht. Konkret sieht Fluri vor, dass alle Eltern, die sich trennen, vor dem Gerichtsentscheid oder der Kesb-Verfügung eine Mediation durchlaufen und versuchen, gemeinsam eine Lösung zu suchen. «Mit Beratung, die das Kind ins Zentrum stellt, lässt sich mehr erreichen als mit Streit», ist er überzeugt.

Früh intervenieren und Eltern zum Gespräch bitten

Der Kanton Bern hat sich Fluris Idee angenommen. Eine Arbeitsgruppe aus Justiz, Kinderschutz und Kinderpsychiatrie hat dort das Projekt für ein Zentrum für Familien in Trennung (ZFIT) erarbeitet. Vorbild ist Australien. Dort muss seit 2006 ein Paar zwingend einen Mediationsversuch unternehmen, wenn es sich trennt. Seither landeten 25 Prozent weniger Scheidungsfälle vor dem Richter. Und drei Viertel der Eltern konnten strittige Punkte schon im Gespräch klären.

Von einer solchen Rate geht auch Fluri aus. «Sitzen Streitende schnellstmöglich nach der Trennung an einem Tisch, können sich Emotionen nicht über Monate oder Jahre aufbauschen», sagt er. «Eine Trennung oder eine Scheidung lässt sich trotz all des Schmerzes mit Vernunft und im Interesse der Kinder lösen.» Seine Vision: Das Pilotprojekt in Bern soll bald einen neuen Standard setzen, von dem die ganze Schweiz profitieren kann.



SP-Regierungsrätin Evi Allemann, sagt: «Fluris Idee stösst auf breites Interesse.»
Foto: Beat Mathys (BZ)

Im August 2021 hat die Direktion für Inneres und Justiz des Kantons Bern ein Konsultativverfahren eröffnet. Derzeit wertet die zuständige SP-Regierungsrätin Evi Allemann die Rückmeldungen aus, um das weitere Vorgehen zu planen. Allemann sagt: «Die Idee stösst auf breites Interesse.» Vom neuen Ansatz nicht wirklich begeistert ist aber der Bernische Anwaltsverband (BAV).

Dort stört man sich vor allem daran, dass der Zugang zum Gericht nur über den Weg des Gesprächs im Zentrum für Familien möglich ist. Ebenfalls erachtet der BAV als problematisch, dass Gespräche aus der Mediation bei Uneinigkeit ins Gerichtsverfahren einfließen. «Äussert sich eine Partei beim ZFIT offen und ehrlich, könnte das später von der Gegenpartei zum Nachteil ausgelegt werden», sagt Rechtsanwalt Dominic Nellen, Vorstandsmitglied der BAV.

Basel-Stadt ist vom Elterndialog überzeugt

Anders beurteilt das Elisabeth Braun. Sie ist Präsidentin des Zivilgerichts Basel-Stadt und von Beratungen überzeugt. Seit zehn Jahren kann in Basel das Gericht oder die Kesb die Eltern verpflichten, unter Mitwirkung einer Fachperson des Kinder- und Jugenddienstes oder der Kinder- und Jugendpsychiatrie innert einer bestimmten Frist eine Elternvereinbarung in strittigen Kinderbelangen auszuarbeiten.

Einigen sich die Eltern, wird die Vereinbarung dem Gericht zur Genehmigung unterbreitet, andernfalls findet eine zweite Gerichtsverhandlung statt, an der auch die beratende Fachperson teilnimmt. Wird auch in diesem Rahmen keine einvernehmliche Lösung gefunden, entscheidet das Gericht. «Es ist wichtig, für Kinder die beste Lösung zu finden, und nicht Eltern darin zu bestärken, sich gegenseitig zu bekämpfen», sagt Braun.

Dies sieht auch Patrick Fassbind von der Kesb Basel so. Die Kesb Basel ordnet deshalb schnellstmöglich sechs bis acht Beratungssequenzen an oder schickt die Eltern ins Kursprogramm «Kinder im Blick», um den Fokus auf die Kinder nicht zu verlieren. «Beide Massnahmen haben zu einer Abnahme der Elternkonflikte geführt», sagt Fassbind. Geht es nach ihm, sollte eine elterliche Pflichtberatung kurz nach einer Trennung von verheirateten oder nicht verheirateten Eltern gar auf Bundesebene verankert werden.

Jedes zehnte Kind gerät zwischen die Fronten

2020 waren 12'678 Kinder von einer Scheidung betroffen. Hinzu kamen nochmals 3000 Kinder, deren Eltern nicht verheiratet waren. Die Zahlen für 2021 liegen noch nicht vor. Christoph Häfeli beobachtet als Jurist und Sozialarbeiter seit fast 50 Jahren das Trennungsverhalten. Zwar haben in den vergangenen 20 bis 30 Jahren die hochkonfliktiven Scheidungen abgenommen. Dennoch geht Häfeli davon aus, dass etwa jedes zehnte Kind eine Trennung oder eine Scheidung erlebt, bei der sich die Eltern bis aufs Blut bekämpfen. «Nicht alle Fälle lassen sich im Dialog lösen, aber sicher ein Grossteil», ist er überzeugt.

SonntagsZeitung

Dieser Text stammt aus der aktuellen Ausgabe. Jetzt alle Artikel im E-Paper der SonntagsZeitung lesen: [App für iOS](#) – [App für Android](#) – [Web-App](#)

Fabienne Riklin ist Redaktorin im Nachrichtenteam. Schwerpunkt ihrer Berichterstattung sind gesellschaftspolitische Recherchen.

[Mehr Infos](#)